

Schwere Rot-Rote Hypothek

10 Jahre falsche Wohnungspolitik

Berlin wird immer attraktiver, das Wohnen immer teurer. Wer heute innerhalb eines Innenstadtkiezes umziehen will, hat es oft schwer, überhaupt eine neue Bleibe zu finden. Besonders, wenn der eigene Geldbeutel schmal ist. Das sind Symptome eines enger werdenden Wohnungsmarktes. Dabei sind drei Entwicklungen besonders problematisch. Die steigenden Mieten erschweren die Akzeptanz energetischer Modernisierung, die für den Klimaschutz und die Begrenzung der Betriebskosten so wichtig ist. Trotz Mieterhöhung wird meist gar nicht auf Energiesparmodus saniert. Hier hat der alte Senat aus SPD und Linken für den Klimaschutz zu wenig getan. Und auch Rot-Schwarz ist nicht gerade ambitioniert. Das zweite Problem besteht in der zunehmenden Segregation, der Ansammlung von ärmeren und reichen Schichten in jeweils abgegrenzten Wohngebieten. Hier die teuren Szenekieze, da die unattraktiveren Lagen, vor allem in den Großsiedlungen. Und die dritte Schwierigkeit besteht darin, dass Menschen mit wenig Geld oft gar keinen Wohnraum finden, der ihrer Familiengröße entspricht. So etwa, wenn ALG II-BezieherInnen ihre Wohnkosten senken sollen, aber gar keine billigere Wohnung finden können.

Entwicklung war vorhersehbar

Seit Jahren diskutieren wir im Abgeord-

netenhaus darüber, dass wohnungspolitisch mehr getan werden muss. Doch für die SPD war der Wohnungsmarkt entspannt, Wohnungspolitik nur auf Sparflamme nötig. 2004 hat Rot-Rot sogar die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW verkauft und später an die Börse gebracht. Jahre zuvor hatte die große Koalition bereits die GEHAG verkauft. Daher sind die verbliebenen kommunalen Wohnungen in Berlin heute besonders auf Großsiedlungen konzentriert. Eine soziale Mischung zu gewährleisten, ist so deutlich erschwert.

Was tun?

Die Hauptaufgaben liegen im Bestand. Wir wollen, dass in den aufgewerteten Gebieten auch Menschen mit wenig Geld wohnen bleiben können. Und wir wollen, dass Menschen mit mittleren Einkommen auch in Gebiete ziehen, die heute als nicht so attraktiv gelten. Die neue Senatskoalition möchte viele neue Wohnungen bauen und damit alle Probleme lösen. Das hilft zwar kurzfristig der Mittelschicht, aber nicht Leuten, die teure Neubaumieten nicht bezahlen können. Wohnungspolitik muss langfristig denken und handeln.

Bündnisgrüne Initiative

Für Menschen mit wenig Geld müssen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorrangig Wohnraum be-

reitstellen. Ihren Bestand wollen wir erweitern. Sozialwohnungen von Privaten, die keine Anschlussförderung erhalten haben und insolvent sind, wollen wir dazu ankaufen. Das lohnt sich nicht nur wohnungs-, sondern auch haushaltspolitisch. Aber auch dem Anstieg des Mietniveaus insgesamt wollen wir entgegenwirken. Laut aktuellem Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin sind die Angebotsmieten in Berlin 2010 um 8,4 % und 2011 um 5,1 % gestiegen. Motor für die Mietsteigerungen sind Neuvermietungen. Wir wollen das Mietrecht ändern und bei Neuverträgen eine Begrenzung einführen. Die dreijährlich mögliche Mieterhöhung um bis zu 20 % der Miete wie auch die Modernisierungsumlage müssen dringend abgesenkt werden. All das wollen wir im Bundestag ab 2013 erreichen. Auf der Berliner Ebene wollen wir gegen Zweckentfremdung von preisgünstigem Wohnraum vorgehen. Ein Berliner Klimaschutzgesetz soll mit Fördermitteln zur Wärmedämmung und einem Klimawohngeld gerade solche Haushalte mit geringem Einkommen entlasten, die sonst die höchsten Energiekosten bezahlen müssten.

Andreas Otto, MdB

Bau- und wohnungspolitischer Sprecher im Abgeordnetenhaus B'90/Grüne



Pallasium mit Blick vom Kleistpark - bald unbezahlbar?

(Foto: © Manfred Brückels / Wikipedia Creative Commons)

100 Tage